



SEEHEIMER KREIS

Mut zu mehr

Ein sozialdemokratisches
Jahrzehnt gestalten



Mut zu mehr

Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt gestalten

Es muss als SPD unser Anspruch sein, zu regieren.

Denn nur als Regierungspartei können wir sozialdemokratische Politik umsetzen und das Land gestalten. Und wir wollen **nach der Bundestagswahl mit Olaf Scholz den Bundeskanzler** stellen. Nur mit der dazugehörigen Richtlinienkompetenz im Rücken können wir unsere Ziele schneller erreichen.

Sozialdemokratische Ziele waren und sind soziale Sicherheit und der Wille, Zukunft zu gestalten.

Ohne uns als Regierungspartei gäbe es keinen Mindestlohn, keine Rente mit 63, keine Ehe für alle, keine Grundrente, kein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, keine Mindestvergütung für Azubis. Ohne die SPD als Motor der Regierung stünde Deutschland in der Klimaschutzpolitik, bei den erneuerbaren Energien, in der Familienpolitik oder Arbeitsmarktpolitik sehr viel schlechter da. **Wir setzen uns ganz konkret für alle Menschen in Deutschland ein und wollen, dass es in diesem Land gerechter zugeht.** Das braucht insbesondere in einer Koalition oftmals einen langen Atem und bedeutet das Bohren dicker Bretter.

In den letzten Jahren haben wir es als SPD nicht durchgängig geschafft zu vermitteln, was wir konkret an Verbesserungen während der Regierungsarbeit erreicht haben, obwohl wir mit einem Wahlergebnis von 20,5 Prozent viel durchsetzen konnten. Es muss uns als Gesamtpartei gelingen, dies wieder deutlicher zu machen und unsere Erfolge klarer nach außen darzustellen. Gleichzeitig müssen wir hervorheben, was wir an sozialdemokratischen Zielen nicht umsetzen konnten, weil die Blockade der Union zu groß war. Deswegen wollen wir bei der nächsten Bundestagswahl ein deutlich besseres Ergebnis erzielen.

Es gilt aufzuzeigen, wie wir das nächste Jahrzehnt sozialdemokratisch gestalten wollen:

Mit Mut, mit Wumms, aber auch mit Beharrlichkeit und einer gehörigen Portion Selbstbewusstsein. Dazu unsere konkreten Schwerpunkte für das Regierungsprogramm:

1. Zukunft gestalten

Das letzte Jahrzehnt war vor allem ein Jahrzehnt des technologischen Fortschrittes. Diesem technologischen Fortschritt muss der gesellschaftliche Fortschritt folgen. Denn Fortschritt kann dafür sorgen, unsere große Errungenschaft – den Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft – dauerhaft zu erhalten. Fortschritt bedeutet zugleich Weiterentwicklung.

Heute jedoch haben viele Menschen das Gefühl abgehängt zu werden und die Sorge das Erreichte zu verlieren.

Dies kann viele Facetten haben: Die ÖPNV-Verbindung im Ort wurde stillgelegt, weil sie auf den ersten Blick nicht mehr rentabel war, das Mobilfunknetz funktioniert im ländlichen Raum nicht störungsfrei oder der Arbeitsplatz ist durch automatisierte Prozesse verloren gegangen. Dies schürt Unzufriedenheit über „die da oben“, weil die Angst vorherrscht, den hart erarbeiteten Wohlstand zu verlieren.

Sozialdemokratie muss den Menschen die Sorge vor dem sozialen Abstieg nehmen und die Sicherheit geben, dass der erreichte Wohlstand in Zeiten des Wandels sicher ist und die jeweiligen Bedürfnisse geachtet werden, auch für die nachfolgende Generation.

„Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur“ hieß es schon im Gothaer Vereinigungsprogramm von 1875. **Die SPD ist die Partei der Arbeit.** Arbeit hat sich in den letzten beiden Jahrhunderten immer wieder verändert, weil es der Fortschritt mit sich brachte. **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen auf die Fragen der sich verändernden Arbeitswelt zusammen mit den Gewerkschaften immer wieder aufs Neue Antworten geben.** Die Digitalisierung und der Einsatz von künstlicher Intelligenz werden weitere Veränderungen der Arbeitswelt mit sich bringen, ebenso wie tiefgreifende Strukturwandelprozesse. Technische Fortschritte sind eine enorme gesellschaftliche Kraftanstrengung, die politisch und sozial gerecht gestaltet werden müssen.

Deutschland ist weltweit das einzige Industrieland, das sich ambitionierte Klima- und Umweltziele gesetzt hat.

Wir werden bis spätestens 2038 aus der Kohleverstromung ausgestiegen sein. Bis zum Jahr 2022 werden wir den Ausstieg aus der Atomenergie geschafft haben. Seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 werden wir es als viertgrößte Industrienation der Welt absehbar umgesetzt haben, unsere Energieversorgung komplett aus erneuerbaren Energien zu beziehen – ein fortschrittlicher industriepolitischer Kraftakt. Dabei sehen wir Gas als Übergangsenergieträger, auch um die Kosten im Blick zu behalten.

Zum Ende der Kohleverstromung in Deutschland haben wir in diesem Jahr im Deutschen Bundestag ein sozial ausgewogenes Kohleausstiegsgesetz zusammen mit einem Strukturstärkungsgesetz beschlossen, das unsere Kumpel, die uns jahrzehntelang mit Energie versorgt haben, besonders im Blick hat. Diese beiden Gesetze können eine sozialdemokratische Blaupause und Vorbild für kommende Transformationen in Deutschland sein, bei denen alle Betroffenen, sowohl die Beschäftigten als auch die Branchenvertreter, mitgenommen werden.



Ein weitaus größerer Strukturwandel steht der Automobilindustrie bevor, wenn immer weniger Verbrennungsmotoren produziert werden und sich der Trend zu Elektro-Autos und in naher Zukunft auch zu wasserstoffbetriebenen Motoren entwickelt. Denn: **Der Klimawandel macht auch nicht vor uns halt!** Veränderungen im Verkehrssektor sind notwendig, um den CO₂-Ausstoß nachhaltig zu senken. Uns ist bewusst, dass vom Strukturwandel in der Automobilindustrie Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in mittelständischen Zulieferbetrieben wie auch in großen Fabriken betroffen sind. Wir müssen diesen Prozess behutsam angehen und aktiv gestalten. Das heißt: Der Transformationsprozess muss auch mit Strukturhilfen begleitet werden. **Es muss der Anspruch der SPD sein, wirtschaftliche Vernunft und sozialen Ausgleich zusammenzudenken, um Arbeit, Industrie und Klimaschutz als Einheit voran zu treiben.**

In der Krise zeigt sich, dass nur der funktionierende Sozialstaat starke Auswirkungen größtmöglich abfedert. Unser Sozialstaat ist der Garant für die Krisenfähigkeit dieses Landes. **Damit steht fest, dass soziale Transferleistungen in und nach Krisenzeiten nicht auf den Prüfstand gestellt werden.**

Es ist unerlässlich, dass wir bei der Forschung im medizinischen Bereich eine Schippe drauflegen, um Krankheitserreger schneller zu erforschen und Mittel zur Bekämpfung dieser zu entwickeln. **Denn der medizinische Fortschritt ist und bleibt eine der größten Errungenschaften der Menschheit,** den wir stets fortentwickeln und die Ergebnisse für alle verfügbar machen müssen.

In Krisenzeiten treten soziale Ungleichheiten besonders zutage. Mit der Einführung des Mindestlohns 2014 und der Einführung der Grundrente 2021 konnten wir bereits zwei hart erkämpfte Bausteine zur Eindämmung sozialer Ungleichheit auf den Weg bringen. Ohne uns als SPD hätte es diese beiden Gesetze nicht gegeben! Doch das reicht uns nicht und geht uns zu langsam! Es ist bewiesen, dass zu hohe soziale Ungleichheit Wirtschaftswachstum bremst. Wir werden als Gesamtgesellschaft nur stärker, wenn wir unsere Schwächsten unterstützen. **Deswegen sagen wir als SPD Ungleichheit auf allen Ebenen den Kampf an.** Denn das ist gesellschaftspolitischer Fortschritt!

2. Arbeit, Wirtschaft und Klimaschutz zusammendenken

Mit einer starken Industrie, die unsere jungen Menschen ordentlich ausbildet, die einen integrativen Charakter besitzt, die gute und tarifgebundene Arbeitsplätze sichert und somit den arbeitenden Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land ihr alltägliches Auskommen und persönlichen Wohlstand bewahrt, **können wir gleichzeitig für soziale Gerechtigkeit im Land sorgen. Der Ab-**

bau von Industriearbeitsplätzen darf uns nicht kalt lassen.

Der Seeheimer Kreis in der SPD-Bundestagsfraktion bekennt sich ebenso stolz wie offensiv zum Industriestandort Deutschland mit seinen traditionellen Wertschöpfungsketten und seinem starken Mittelstand. Unsere industrielle Spitzenqualität „Made in Germany“ ist weltweit gefragt. Für uns stehen die Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz weiterhin gleichrangig nebeneinander. Dieses energiepolitische Dreieck wollen wir sicherstellen.

Wir begrüßen die Absenkung der EEG-Umlage in den Jahren 2021 und 2022. Sie wird Unternehmen helfen, die Abgaben auf Strom generell reduzieren zu können. Strompreisintensive Unternehmen haben jedoch nichts davon, weil sie bereits von der EEG-Umlage ausgenommen sind. **Notwendig ist eine Feinabstimmung der Wirkungen des EEG mit der CO₂-Bepreisung ab 2021. Dringlich ist auch eine Überprüfung aller indirekten Steuern im Energiebereich.**

Wir unterstützen ausdrücklich die Bestrebungen auf europäischer Ebene, den Kontinent klimaneutral aufzustellen. Ein europäischer Binnenmarkt, der nur CO₂-neutral produzierte Waren aus- und einführt, wäre ein internationales Vorbild und würde durch das wirtschaftliche Gewicht signifikant zum Schutz der Umwelt und des Klimas weltweit beitragen. Hier liegen auch große Chancen für deutsche Technologien auf dem europäischen und globalen Markt.

Wir brauchen ambitionierte und langfristige Pfade für den Ausbau der Windkraft und Photovoltaik, um unserer heimischen Industrie die nötige Planungssicherheit zu geben. **Gesetzgeberische Maßnahmen zur Vollendung der Energiewende werden wir auf den Weg bringen, Investitionen in eine klimaneutrale Produktion steuerlich fördern.** Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke indes lehnen wir kategorisch ab. **Es gilt, die Herausforderungen des Klimawandels als Chance für technologischen Fortschritt sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit zu ergreifen.**

Eine besondere Rolle im Energiemix der Zukunft wird die Wasserstofftechnologie spielen. Hier gilt es jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten, um die **Produktion von sauberem Wasserstoff in Deutschland anzureizen.** Dazu müssen insbesondere die Strom- und Gasnetze miteinander verbunden werden, um die Nutzung von Groß-Elektrolyseuren als Transformatoren zwischen Strom- und Gasnetzen zu fördern.

Um den Verbrauch effektiv und dauerhaft zu senken, müssen wir die Verschwendung wertvoller Ressourcen beenden. In allen Prozessen müssen wir in Kreisläufen denken



und unsere Ressourcen in Recyclingprozessen wieder nutzbar machen. Der verminderte Einsatz von Ressourcen führt zu geringeren Material- und Energiekosten, verringert die Importabhängigkeit, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sichert Beschäftigung und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Denn: **In einer durchdachten Kreislaufwirtschaft setzen ressourcenschonende Verarbeitungsprozesse mit regenerativen Energien weniger Treibhausgase frei.**

Den europäischen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, der den gesamten Lebenszyklus von Produkten im Blick hat, begrüßen wir ausdrücklich. Er zielt darauf ab, unsere Wirtschaft ökologischer und klimagerechter zu gestalten, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und neue Rechte für Verbraucherinnen und Verbraucher einzuführen.

Während der Pandemiezeit ergibt sich die Chance, Projekte im Bereich Klimaschutz noch schneller auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Es ist zu begrüßen, dass vielerorts klimafreundliche Gebäudesanierungen – sowohl im privaten als auch gewerblichen Bereich – bereits vorgezogen wurden. Hier gibt es, insbesondere bei öffentlichen Gebäuden, noch viel zu tun. Wichtig ist, dass diese **Gebäude** – Rathäuser, Bürgerämter, Ministerien, Verwaltungsgebäude, Bildungseinrichtungen – auch zugleich **fit gemacht werden für die Produktion von Strom aus Sonne und Wind.** Da wo es möglich ist, sollen verpflichtend Solardächer oder Kleinwindanlagen auf den Dächern installiert werden. Mit dem Denkmalschutz müssen vernünftige Abstimmungen getroffen werden.

Unsere Schiffbauindustrie mit der dazugehörigen Zulieferindustrie ist zukunftsweisende Hightech-Industrie und wichtiger Zweig der deutschen maritimen Wirtschaft. Sie sichert gute Arbeitsplätze und stärkt unseren Wirtschaftsstandort. Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits einen Antrag zur Rettung der deutschen Schiffbauindustrie initiiert und beschlossen. Wir wollen erreichen, dass für Marine-, Forschungs- oder Behördenschiffe eine Auftragsvergabe ohne europäische Ausschreibung möglich wird. In Krisenzeiten bevorzugen wir zudem die Direkt- bzw. Angebotsvergabe an deutsche Werften, um unsere Schiffbaustandorte und Beschäftigung zu sichern. **Der Forschungsschiffbau muss zur nationalen Schlüsseltechnologie erklärt werden.** So stellen wir sicher, dass unsere Forschung auf den Meeren der Welt wettbewerbsfähig und international anerkannt bleibt und wir hohe Maßstäbe im Umwelt- und Klimaschutz auch im Bereich Forschungsschiffbau durchsetzen können. Die deutschen Seehäfen müssen konkurrenzfähig aufgestellt werden. Wir schaffen ein europäisches level-playing field.

Mit einem Anteil von mehr als 10 Prozent am Bruttoin-

landsprodukt ist der Tourismus ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Wir sehen weiterhin große Wachstumspotentiale in diesem Bereich, wie beim Wassertourismus, aber auch bei der Förderung der Mittelgebirgsregionen. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass die touristische Infrastruktur erhalten und weiter ausgebaut wird. **Wir wollen daher die Tourismuswirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig unseres Landes nachhaltig fördern,** Wirtschaftseffekte und Potentiale des Wassertourismus bei Investitionsentscheidungen einbeziehen und touristische Infrastrukturen auf und am Wasser erhalten, aus- und neu bauen sowie Anbindungen gewährleisten.

Mehr Investitionen in Forschung sind nötig, so z.B. bei der Klimaschutzforschung und im Bereich des Verkehrssektors. Unsere Industrie stellt sich der notwendigen Transformation. Die CO₂-neutrale Produktion wird allen Industriezweigen viel abverlangen. Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln sind zu prüfen. Ergebnisse aus der Grundlagenforschung müssen schneller in die wirtschaftliche Anwendung kommen. Zudem müssen wir dafür sorgen, dass die neu eingeführte steuerliche Forschungsförderung auch bei Mittelstand und Start-ups ankommt. Insbesondere die regionalen und sektorspezifischen Besonderheiten des Mittelstands müssen berücksichtigt werden. Der Fokus der Innovationsförderung darf sich nicht nur auf Industrieriesen beschränken. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeit im deutschen Mittelstand sichert die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums und der Traditionsunternehmen, die „Made in Germany“ zum weltweiten Erfolg gemacht haben.

Die Konsequenz von aufgeschobenen Investitionen in Zukunftsbereiche wie Elektromobilität oder Digitalunternehmen zeigen sich jetzt: In vielen Bereichen sind Deutschland und Europa keine Antriebskräfte der Innovation. Um Anreize für **Innovation an der technologischen Speerspitze** zu schaffen, müssen Trends frühzeitig erkannt und in **maßgeschneiderte Förderprogramme** umgesetzt werden. Nur so können europäische Unternehmen gegen die Technologieführerschaft von globalen Tech-Riesen wettbewerbsfähig werden. Hierfür bedarf es eines regen Austauschs zwischen Forschung, Wirtschaft und Politik. Eine von der SPD geführte Bundesregierung wird diesen Austausch ermöglichen, um Kooperation und Wissenstransfer in der Gesellschaft zu fördern. Hierfür bedarf es auch des Ausbaus von regionalen und überregionalen Technologiezentren, auch grenzüberschreitend auf europäischer Ebene.

Die deutsche Industrie, der Mittelstand und Teile des Handwerks stehen vor zentralen Veränderungen ihrer Produkte und Produktionsweisen. Wir unterstützen die Unternehmen und Beschäftigten darin, sich Zukunftstechnologien wie der Industrie 4.0, der Additiven Fertigung/3D-Druck, der Photonik- und Lasertechnologie sowie der Material-



und Oberflächentechnik zu öffnen und sie effizient einzusetzen. Das gilt ebenfalls für alle Maßnahmen zu einem effizienteren Rohstoff- und Ressourceneinsatz in der Produktion.

Die Förderung von Start-ups ist uns ein Herzensanliegen, denn sie sind vielerorts Innovationstreiber. Wir wollen unsere wirtschaftliche Struktur von Großindustrie, kleinen und mittelständischen Betrieben und Start-ups zukunftsfähig machen. Unsere **Start-up-Szene wollen wir mit einem Zukunftsfonds Deutschland stärken, der sich aus privaten und öffentlichen Mitteln speist**. Es gilt neue Innovationstreiber zu wecken. Auch werden wir steuerliche Anreize bei Mitarbeiterbeteiligungen schaffen, um Start-ups hinsichtlich der Fachkräftegewinnung zu unterstützen. Die Unterstützung von Innovations- und Vermarktungsverbindungen, lokalen Kooperationsbüros in Dörfern und die Förderung von regionalen Branchen- und Clusterstrategien können interessante Anreize schaffen, damit sich Start-ups auch im ländlichen Raum ansiedeln. Das Umdenken bei der Präsenzkultur ist hier ein weiterer Vorteil.

30 Jahre nach der Deutschen Einheit sind Ost und West zusammengewachsen. Wir haben enorm viel erreicht und darauf können wir zurecht stolz sein! Es zeigt sich an der Ansiedlung von innovativen Unternehmen wie TESLA und CATL, dass der Osten Deutschlands hinsichtlich der Rahmenbedingungen deutlich an Attraktivität gewonnen hat. Gleichzeitig können wir immer noch nicht von gleichwertigen Lebensverhältnissen im gesamten Bundesgebiet sprechen. Um dies endlich deutschlandweit zu erreichen, braucht es Bundesprogramme, die anhand zielgenauer Kriterien greifen. Das kann beispielsweise ein Bonus bei der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs oder digitaler Infrastruktur in dünn besiedelten Regionen sein, da gerade dort die Grundkosten pro Kopf höher sind. Dies gilt ebenso für eine bessere Anbindung an den Schienenverkehr, die Schul- sowie Krankenhausinfrastruktur.

Hier spielt der Ausbau von wirtschaftsnaher Infrastruktur in strukturschwachen Regionen eine entscheidende Rolle. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, die **Mittel für die „Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und die „Gemeinschaftsaufgabe Agrarschutz und Küstenschutz“ auf dem aktuell hohen Niveau zu verstetigen und überjähig zu bündeln**, um die regionalen Unterschiede zwischen Ost und West sowie Stadt und Land zu verringern.

Die Ergebnisse der Klimaschutzforschung sind auch von enormer Bedeutung für unsere Landwirtschaft. Die **Zukunft der Landwirtschaft kann nur im Dreiklang aus der Schaffung gerechter Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, insbesondere auch für die Familien auf landwirtschaftlichen Höfen, der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Produktion qualitativ hochwertiger Agrarprodukte ge-**

dacht werden. Eine auf das Gemeinwohl fokussierte Agrarpolitik muss vielmehr die Wechselwirkungen zwischen diesen Handlungsfeldern in den Blick nehmen und insbesondere das aktuelle Ungleichgewicht zwischen Gebieten mit intensiver Tierhaltung und reinen Ackerbauregionen auflösen.

Agrarlandschaften sind aber nur gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben zu gestalten. Dem Kostendruck des Weltmarktes entkommen, heißt wirtschaftliche Alternativen schaffen. Dies ist über Qualität, Regionalität, Innovation und Produktdifferenzierung zu erreichen. Erste Bedingung für eine gerechtere Agrarpolitik, die sich den aktuellen Problemen ernsthaft stellt, ist eine grundlegende Änderung der europäischen Agrarförderung. Die **flächenbezogenen Direktzahlungen sollen daher zukünftig zu 25 Prozent aus einer Basisprämie für die Betriebe und zu 50 Prozent aus einer Förderung für von der Landwirtschaft erbrachte Ökosystemleistungen oberhalb gesetzlicher Standards bestehen. Die restlichen 25 Prozent bleiben programmbezogenen Umwelt- und Klimamaßnahmen vorbehalten**.

Die landwirtschaftliche Erzeugung ist den natürlichen Ressourcen anzupassen und muss sich an den jeweiligen regionalen Gegebenheiten orientieren. Konkret sind daher Humusaufbau und Bodenverbesserung, Diversifizierung der Fruchtfolgen und Erhaltung der Pflanzengesundheit auf biologischem Wege zu fördern. Daneben ist der Anbau einheimischer Eiweißlieferanten als Futter und Nahrungsmittel weiter auszubauen. Der Boden als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu und ist vor Investoren ohne Agrarbezug zu schützen. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei gleichzeitiger Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze von zwei Großvieheinheiten pro Hektar. **Entschieden fordern wir die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln und einer angemessenen Finanzierung**. Zudem fordern wir die umgehende Einführung einer Weidetierprämie, insbesondere für die Mutterkuhhaltung.

Für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind Tiere alltägliche Begleiter. Ihr Wohlergehen liegt ihnen am Herzen. Für sie setzen wir uns ein, durch den Kampf gegen Tiermissbrauch, gegen Wildfänge und unregelmäßige Exotenhaltung, für verbesserte Regelungen für Zirkustiere, für eine deutschlandweite Tiergesundheitsdatenbank sowie für eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht von Heimtieren und Exoten.

In einer globalisierten Welt gilt es, gerechte Rahmenbedingungen für den Handel zu schaffen. Der **Seeheimer Kreis bekennt sich zu Freihandelsabkommen, die den weltweiten Warenaustausch durch das Aushandeln von höheren Standards bei Arbeitsbedingun-**



gen, Umwelt- und Klimaschutz sinnvoll steuern. Das Abkommen CETA stellt hier einen Maßstab dar. Wir halten darüber hinaus an der Welthandelsorganisation als internationale Organisation fest. Menschenrechte achten und Umweltzerstörung verhindern – diesen Grundsätzen sollen sich deutsche Unternehmen künftig auch im Ausland nicht mehr entziehen können.

Agrarlandschaften müssen als digitale Räume gedacht werden. **Wir fordern eine Intensivierung und Strukturierung der Digitalisierung in der Landwirtschaft!** Die auf den Feldern gewonnenen Datenmengen sind zielgerichtet für eine ressourcenschonende und effiziente Landwirtschaft einzusetzen, in deren Fokus neben Nahrungsmittelqualität auch Biodiversität, Klimaschutz und Transparenz für die Verbraucher stehen. Hierzu ist es unabdingbar, die Frage der Eigentumsrechte an den erhobenen Daten eindeutig zugunsten der landwirtschaftlichen Betriebe sowie der Allgemeinheit zu klären. **Wir fordern eine staatlich initiierte Agrar-Masterplattform als Datendrehscheibe der Landwirtschaft, ein intelligentes und anwenderfreundliches Daten-Management-System für die gesamte Wertschöpfungskette.** Hier sind jetzt starke Investitionen durch den Bund gefragt, die unserer Landwirtschaft das Überleben auf dem global agierenden Markt sichern. Außerdem sind die Katasterdaten der Bundesländer zügig in ein gemeinsames nationales System zu integrieren.

Die Landwirtschaft der Zukunft wird sich nicht nur an den bewährten Regeln guter fachlicher Praxis orientieren, sondern neueste wissenschaftliche Erkenntnisse in der Breite umsetzen. Dies kann nur gelingen, wenn der **Austausch zwischen Forschung und Landwirtschaftsbetrieben deutlich intensiviert wird.** Daneben sind auch Forschung und Entwicklung in den Unternehmen weiter zu fördern. Die weltweit herausragende Stellung der deutschen Landtechnikindustrie ist bester Beleg für den Erfolg dieses Weges. Wir müssen jetzt unsere Chance nutzen, auch bei der Digitalisierung der Landwirtschaft federführend zu sein.

Landwirtschaft ist immer in wirtschaftlicher Verzahnung mit der Ernährungswirtschaft zu denken. Höhere Preise für Lebensmittel sind daher nachhaltig nur zu generieren, wenn Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen in der Ernährungswirtschaft durchgesetzt werden. **Flächendeckende Tarifverträge und eine konsequente Überwachung von Arbeitsschutz und Hygienebedingungen, sind unsere Ziele,** damit sich Zustände wie in der Fleischindustrie nicht wiederholen. **Eine stärkere Regionalisierung der Wertschöpfungsketten muss politisch begleitet und finanziell unterstützt werden.** Gerade in der Tierhaltung führen kurze Wege für Futter und Nutztiere zu einer klar verbesserten Ökobilanz und deutlich weniger Leid. Für mehr regionale Schlachtmöglichkeiten streben wir auch eine Anpassung

der rechtlichen Rahmenbedingungen an.

Ein entscheidender Faktor auf dem Weg zu einer gerechteren Landwirtschaft ist der Lebensmittelhandel. Wir werden dafür sorgen, dass der Preisdrückerei der großen Handelskonzerne ein Riegel vorgeschoben wird.

Knapp ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands ist mit Wald bedeckt. Dieser erfüllt vielfältige Funktionen für Klima, Natur und Gesellschaft. Daher ist bei der Weiterentwicklung der Forstwirtschaft in zwei Richtungen zu denken: **Wälder sollen klimastabil aufgeforstet werden.** Hierbei ist insbesondere auf Biodiversität und die Auswahl von trockenheitsresistenten Baumarten zu achten, aber auch die Ökosystemleistung des Waldes in den Blick zu nehmen. Zugleich wollen wir mehr regionale Beratungsstellen für private Waldbesitzer schaffen, die schnelle Hilfe zur Verfügung stellen sollen. Zudem wird eine **Stärkung der mittelständisch geprägten Holzindustrie** und des ländlichen Raumes als Hauptstandort des Holzgewerbes herbeigeführt. Holz kann auf äußerst vielfältige Weise als nachwachsender Rohstoff für den Hausbau, die Möbel- und Papierherstellung sowie als Dämmung eingesetzt werden.

3. Der Staat regelt das

Gerade während der Corona-Pandemie war es ersichtlich, wie wichtig es ist, in einem starken und handlungsfähigen Staat zu leben, auf den man sich verlassen kann, der in kürzester Zeit Hilfspakete für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbständige, Familien und Unternehmen schnürt, um Auskommen zu sichern.

Die grundlegende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen durch den Staat, wie die Abfallbeseitigung, die Versorgung mit Wasser, Gas und Strom sowie Betriebe des öffentlichen Personennahverkehrs dürfen niemals dem Rotstift zum Opfer fallen. Neben diesen klassischen Bereichen der sogenannten öffentlichen Daseinsvorsorge gehören für uns auch ein störungsfreies Mobilfunknetz, der Zugang zu schnellem Internet und eine allumfassende Gesundheitsversorgung in Stadt und Land dazu. Unser Gemeinwesen ist leistungsfähig, doch es muss an vielen Stellen noch besser werden.

Auch im Bereich öffentlicher Nah- und Fernverkehr zeigt sich Handlungsbedarf. Exemplarisch steht dafür die Deutsche Bahn. Wir dürfen die Maßnahmen, die wir in den letzten Monaten seitens der Politik unternommen und beschlossen haben, um die Bahn endlich zukunftsfit zu machen, nicht durch neue Sparauflagen kaputt machen. Die Auswirkungen des Sparkurses aus den letzten beiden Jahrzehnten sind noch längst nicht abgearbeitet. **Deswegen lehnen wir einen Personalabbau bei der Deutschen Bahn ab!**



Es braucht moderne und leistungsfähige Züge mit ausreichendem Platzangebot und motivierten, serviceorientierten und gut bezahlten Angestellten auf schnellen, durchdigitalisierten und pünktlichen Verbindungen im Regional- und Fernverkehr. Zugleich muss der Güterverkehr deutlich ausgebaut werden, um die Straßen zu entlasten und Klimaschutzziele zu erreichen.

Dazu plädieren wir zum einen für einen **Formwechsel bei der Bahn von einer AG mit all ihren internen GmbHs hin zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts**, um Entscheidungsprozesse im staatseigenen Konzern beschleunigen zu können. Zum anderen fordern wir einen Schuldenschnitt bei der Deutschen Bahn. Wir brauchen eine Trendwende bei der Bahn, damit sie ihrem Staatsauftrag gerecht werden kann. **Die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken ist genau der richtige Weg.** Dadurch eröffnet sich die Chance, mehr Menschen und mehr Güter auf die Schiene zu bringen und vor allem den ländlichen Raum wieder besser an das Bahnnetz anzuschließen.

In den ländlichen Kommunen spielt Mobilität eine große Rolle. Da, wo es möglich ist, wäre es wünschenswert, wenn es geeignete Verbindungen zum nächsten Bahnhof gibt oder die Kommune direkt ans Gleis angeschlossen wird. **Autonom fahrende Busse, die es in manchen Kommunen Deutschlands bereits gibt, sind eine gute Ergänzung zum herkömmlichen Bus und können vor allem ältere Menschen bequem chauffieren.** Eine bessere Anbindung des ländlichen Raums macht diesen auch wieder für Menschen aus Ballungsräumen als Wohn- und Arbeitsort attraktiver.

In städtischen Kommunen und Metropolen müssen der Ausbau von U- und S-Bahnen sowie Straßenbahnen Vorrang haben. Der Bund hat bereits während der Hochphase der Pandemie in Deutschland finanzielle Mittel für den ÖPNV bereitgestellt, die wir weiter ausbauen wollen. **Denn für unsere immer älter werdende Bevölkerung ist Mobilität wichtig, um Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen zu können. Das Modell der Bürgerbusse muss ausgebaut werden.**

Spätestens durch die Corona-Pandemie sollte nun endlich klar sein: **Die Gesundheitsversorgung der Menschen in Deutschland ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge.**

Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist ein besonders wichtiger Bereich der industriellen Produktion in Deutschland und Europa. Ihre Unabhängigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen Krisen sind unbedingt mit staatlicher Hilfe zu wahren. Es ist uns wichtig, die Forschungs-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik für den Bereich der industriellen Gesundheitswirtschaft innerhalb der neuen Bun-

desregierung dauerhaft besser zu vernetzen. **Ziel ist es sicherzustellen, dass die Versorgung der Menschen in Deutschland und Europa mit Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie Medizintechnik gewährleistet wird.** Zu diesem Zweck werden wir dafür sorgen, dass die Bundesregierung eine ressortübergreifende Strategie beschließt, um die Wertschöpfung der industriellen Gesundheitswirtschaft in Deutschland zu erhalten und auszubauen. Die Strategie soll zum einen die Versorgung der Menschen in Deutschland mit Gütern der industriellen Gesundheitswirtschaft verbessern, zum anderen die Wirtschafts-, die Innovationskraft und die gute Arbeit in der industriellen Gesundheitswirtschaft stärken.

Wir werden für eine hohe Qualität der Arzneimittelstoffe sorgen sowie die Transparenz und Diversifizierung der Lieferketten für versorgungskritische Güter der industriellen Gesundheitswirtschaft verbessern. Die Herstellung von Wirkstoffen für versorgungsrelevante Humanarzneimittel in Deutschland und in der Europäischen Union werden wir fördern.

Wir werden mehr öffentlich-private Partnerschaften in der industriellen Gesundheitswirtschaft anstoßen, um Forschung, Entwicklung und Produktion von Gesundheitsgütern in Deutschland und der EU zu unterstützen. **Im Dialog mit der Wissenschaft und der Industrie werden wir die Rahmenbedingungen und die Förderinstrumente für den Pharma-Standort Deutschland verbessern.** Förderprojekte für personalisierte Medizin werden wir ausbauen, um Krankheitsbilder besser zu verstehen, Patienten individueller zu therapieren und somit medizinische Behandlungen zu verbessern und sicherer sowie effektiver zu gestalten.

Mithilfe einer E-Health-Strategie werden wir ein integriertes Gesundheitsdaten-Ökosystem mit den entsprechend hohen Cyber-Sicherheitsstandards schaffen, damit die Menschen frühzeitig die Verbesserungen durch E-Health und intelligente Gesundheitsnetze nutzen können. Dabei ist uns wichtig, die Wahlfreiheit der Menschen zu stärken, so dass sie ihre Daten mithilfe der elektronischen Patientenakte freiwillig der Forschung und Entwicklung verfügbar machen können. Wir werden einen Modellcampus Künstliche Intelligenz einrichten, mit dem Ärztinnen und Ärzte, Patientinnen und Patienten, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie Start-ups den interdisziplinären Austausch verbessern sowie Nutzen und Chancen digitaler Anwendungen testen können.

Wir werden die Aus- und Weiterbildung im Gesundheitssektor fördern und insbesondere die Durchlässigkeit der Ausbildungs- und Beschäftigungssysteme zwischen Wissenschaft und Industrie erhöhen. Dazu werden wir mehr Beiräte und institutionell vernetzte Arbeitsstrukturen zwischen den staatlichen Forschungs-



und Bewertungseinrichtungen, den Kliniken, den Ärzten, den Patienten und der Industrie schaffen, um bislang nicht erkannte oder verstandene Hürden für einen schnellen und praxistauglichen Transfer der Forschungsergebnisse in Produkte zu überwinden. Unser Ziel ist es, die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen in den MINT-Fächern und den entsprechenden beruflichen Ausbildungen stetig zu erhöhen.

Wir werden den Arzneimittelbehörden mehr Ressourcen bereitstellen, damit sie die deutschen und europäischen Standards international gut kontrollieren können. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Europäische Kommission die Bewertungen der Therapien europaweit harmonisiert, um nationale Doppelarbeit zu vermeiden.

Die schlechte Bezahlung und die zum großen Teil schwierigen Arbeitsbedingungen der in den Gesundheitsberufen Beschäftigten sind wieder vermehrt in den Fokus gerückt. **Unser Ziel sind gute tarifgebundene Löhne in dieser Branche.** Die Einführung bzw. Anhebung des Mindestlohns für Pflegehilfskräfte und Pflegefachkräfte ist ein wichtiger Schritt hin zu einem großen Branchentarifvertrag.

Uns allen muss klar sein, dass das auch mehr für jeden und jede kostet, u.a. durch eine Erhöhung des gesetzlichen Pflegebeitrages und durch Steuerzuschüsse. Doch darin zu investieren, ist die beste Demografievorsorge und muss uns allen wichtig sein. **Wir wollen die Pflegeversicherung als Bürgerversicherung ausweiten.** Medizinisch notwendige Pflege muss durch eine Pflegevollversicherung, die einen Anspruch für die Betroffenen formuliert, abgedeckt werden.

Denn: Wir müssen weg von der Ökonomisierung am Bett, wenn wir unseren öffentlichen Gesundheitsdienst stärken wollen. Bürokratische Hemmnisse treiben vielerorts die Kosten. Es ist es angebracht, die Vergütung der Kurzzeitpflege zu verbessern und diese auch in Krankenhäusern zu ermöglichen. Die Antrags- und Nachweisvorgaben zu den Vergütungszuschlagsfestlegungen müssen wir deutlich vereinfachen. Zudem müssen wir die Fallpauschalen, die sogenannten DRGs, weiterentwickeln. **Flächentarifverträge für die Beschäftigten müssen zusammen mit den Gewerkschaften auf den Weg gebracht werden, um die Attraktivität der Pflegeberufe zu stärken und mehr Personal zu gewinnen.** Gesundheitsvorsorge gehört zudem deutlicher in den Vordergrund gestellt und seitens der Gesundheitskassen auch mehr gefördert. **Krankenhäuser im ländlichen Raum brauchen eine solide Grundfinanzierung. Zudem müssen Geburtshilfestationen flächendeckend gewährleistet sein.**

Den Parlamenten und staatlichen Institutionen kommen in der Verwirklichung der inklusiven Gesellschaft eine Vorreiterrolle zu. Die **Stärkung der Teilhabe von Men-**

schen mit und ohne Behinderung muss bei jedem Gesetz und bei der Erstellung von Richtlinien und Zielvorgaben von Fördermittelprogrammen mitgedacht werden. Bei der Vergabeentscheidung von staatlichen Mitteln sollen zukünftig die Aspekte der Schaffung bzw. des Ausbaus der Barrierefreiheit sowie die Förderung der individuellen Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen verpflichtende Betrachtungskriterien sein. Dies gilt auch für die internationale Zusammenarbeit und die Entwicklungshilfe.

Das Bundesteilhabegesetz, auf dessen Grundlage in den vergangenen Jahren bereits deutliche Verbesserung für Leistungen zur Teilhabe an der Gesellschaft erzielt werden konnten, muss regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt werden. Dies gilt beispielsweise für die pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderung im Einkommensteuergesetz.

Investieren müssen wir auch in unsere Kommunen. Dort, wo der Zusammenhalt am höchsten ist und Politik nah bei den Menschen gemacht wird, müssen wir für gute Rahmenbedingungen sorgen. Deshalb müssen wir dringend eine **Altschuldenregelung** beschließen, damit hochverschuldete Kommunen wieder Luft zum Atmen haben. Nur so schaffen wir gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. **Wir unterstützen dazu ausdrücklich den Vorschlag von Olaf Scholz.**

Zukünftige Förderprogramme müssen so ausgestaltet sein, dass die Beantragung einfach vorgenommen werden kann, die Umsetzung zügig bearbeitet wird und die Förderung zielgerichtet und schnell bei den Antragsstellenden ankommt. Wir wollen darüber hinaus prüfen, ob die Förderberatung des Bundes bei personellen Engpässen der Antragsstellenden unterstützend wirken kann.

Die Corona-Pandemie hat uns die Schwachstellen im Bereich der Digitalisierung aufgezeigt, die oftmals in der öffentlichen Verwaltung anzutreffen sind. Es gehört zum Treppenwitz der Geschichte, wenn die Meldungen der Gesundheitsämter per Fax an das RKI gesendet werden mussten, während zeitgleich an einer Corona-Warn-App gearbeitet wurde. **Auf die Digitalisierung – und damit einhergehend den notwendigen Modernisierungsschub – der öffentlichen Verwaltung müssen wir dringend hinwirken.** Denn vieles lässt sich auch von zu Hause aus gut und sicher erledigen und sparen persönliche Behördengänge ein, wie beispielsweise bei der Kfz-Zulassungsstelle oder der Passbeantragung.

Zugleich braucht es **Förderprogramme im Bereich Sport**, damit wir kommunale und vereinseigene Sportstätten und Schwimmbäder sanieren können. Viele Menschen in Deutschland treiben selbst Sport oder sind in Sportvereinen aktiv. Sport ist gesund, hält fit und schafft soziale und integrative Anknüpfungspunkte. Dem Schul-



sport muss auch im Lehrplan die Bedeutung zukommen, die er verdient, insbesondere dem Schwimmen. Denn es ist nicht hinnehmbar, dass immer mehr Kinder in Deutschland nicht schwimmen können und die Unfallzahlen in diesem Bereich steigen. **Doch dazu ist es wichtig, dass wir eine Trendwende schaffen: Schwimmbäder und Sportstätten sanieren, nicht schließen!**

Eine Trendwende müssen wir in Deutschland auch hinsichtlich bezahlbaren Wohnraums schaffen. Eine wichtige Aufgabe muss hier aus unserer Sicht den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften zukommen. Bezahlbarer Wohnraum in Innenstädten sorgt für eine Sozialstruktur, in der verschiedene Bevölkerungsgruppen aus unterschiedlichen Einkommenschichten miteinander leben können. **Öffentlicher Wohnungsbau muss dafür Sorge tragen, dass die Mieten wieder ins Verhältnis zum Einkommen gesetzt werden und nicht ein Großteil des Einkommens für Miete ausgegeben werden muss.** Konkret meinen wir damit, dass sozialverantwortliche Wohnungsbauunternehmen zusammen mit der öffentlichen Hand nachhaltig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen und somit Wohnraumspekulation eindämmen. Dafür müssen wir die städtischen und kommunalen Wohnungsbauunternehmen stärken, indem wir sie finanziell entlasten und das Vorkaufsrecht für Kommunen bei öffentlichen Grundstücken ausweiten, um Bauland schneller zu generieren. Wir sehen zweckgebundene, bedarfsgerechte Investitionshilfen für die Wohnungswirtschaft zur Bewältigung von Leerstand oder der Modernisierung im Sinne lebensphasenangepasstem Wohnen in strukturschwachen Regionen als essentiell an. Die Nutzung des Erbbaurechts durch Dritte zur Bebauung öffentlicher Baugrundstücke wollen wir als weitere Säule für schnellen, bezahlbaren Wohnungsbau nutzen. Bauen mit Holz könnte in Innenstädten als Möglichkeit der Aufstockung von Gebäuden dienen. Index- und Staffelmieten wollen wir verbieten.

Zugleich wollen wir über öffentliche oder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften Anreize zum Mietkauf schaffen. Dabei wird den Mieterinnen und Mietern ermöglicht auch ohne Eigenkapital über eine stabile monatliche Ratenzahlung selbst Immobilieneigentümer werden. Dies ist zudem ein wirksames Mittel gegen die wachsende Ungleichheit in Deutschland.

Die Sozialdemokratie war seit Anbeginn ihrer Gründung auch immer zugleich Kulturbewegung, mit der gesellschaftlicher Fortschritt oftmals einherging. Es war die SPD, die 1998 das Amt des Kulturstaatsministers im Bundeskanzleramt schuf und somit der Kultur einen eigenen Stellenwert in der Bundesregierung gab. Kunst und Kultur sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Kunst und Kultur verbinden, machen neugierig, regen an, begleiten kritisch, fördern Kreativität. All

das ist gegenwärtig deutlich zu beobachten. Werke von Banksy mahnen, Abstand einzuhalten, Bücher von Albert Camus oder Thomas Mann mit einschlägigen Titeln werden wieder Verkaufsschlager oder Konzerte, die live nicht stattfinden können, werden per Livestream ins heimische Wohnzimmer übertragen. **Kultur ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein öffentliches Gut, weswegen wir alles daran setzen müssen, dass auch alle daran teilhaben können und Kultur bezahlbar bleibt. Deswegen wollen wir dauerhaft den Mehrwertsteuersatz für Eintrittsgelder in Kultureinrichtungen wie Museen, Kinos und Theater auf 0 Prozent absenken.**

Kunst und Kultur eröffnen oftmals neue Wege auch in wirtschaftlicher Hinsicht. **Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist schon längst nicht mehr aus unserem Wirtschaftsleben wegzudenken.** Sie fördert technologischen Fortschritt und verknüpft dies mit kulturellen Erzeugnissen. Gerade deswegen ist es auch so wichtig, die Bereiche der Kunst und Kultur nicht stiefmütterlich zu behandeln, sondern immer mitzudenken, wenn es um Wirtschafts- oder Industriepolitik geht. Kulturschaffende brauchen Freiraum, den Wert der kreativen Arbeit dürfen wir nicht geringschätzen und müssen ihn schützen. Die soziale Lage von Kulturschaffenden müssen wir immer im Blick haben, insbesondere auch während der Pandemie. Deswegen begrüßen wir in diesem Zusammenhang die Hilfe für die Kultur in Höhe von einer Milliarde Euro. Wir wissen, dass das vermutlich nicht allen Kulturschaffenden helfen wird, diese Zeit zu überbrücken. Deswegen braucht es überdies **ansprechende Angebote für diese Branche, in die Sozialversicherung einzutreten. Das gilt besonders für zunehmende hybride Erwerbsformen mit ständig wechselnden Beschäftigungen, nicht nur in der Kultur- und Kreativwirtschaft.** Jeder und jede soll sozialversichert sein, einschließlich in der Arbeitslosenversicherung.

4. Innenpolitik als ursozialdemokratisches Thema

Wir sind eine offene Gesellschaft. Für uns ist klar: Keinen Fußbreit rechtsradikaler Hetze und Fremdenhass! Deutschland ist seit Jahrzehnten Einwanderungsland und muss es auch weiterhin sein. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein solidarisches und soziales Miteinander. **Wir lassen es nicht zu, dass Rechtsradikale Abstiegsängste der Menschen für ihre Zwecke missbrauchen und Stimmung gegen unsere demokratischen Grundrechte machen.** Es wurde insbesondere während des Herunterfahrens des öffentlichen Lebens in Deutschland und Europa aufgrund von Corona deutlich, dass Rechtsradikale Krisen zwar zu ihren Zwecken instrumentalisieren, inhaltlich aber keine Ideen haben. Ganz im Gegenteil: Sie



vergiften das Land mit ihrem Rassismus und Populismus. **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind und bleiben das Bollwerk gegen jegliche Form von Extremismus!** Gleichzeitig müssen wir denjenigen Menschen, die besonders empfänglich für rechte Hetze sind, unsere besondere Aufmerksamkeit schenken und zuhören, woher ihre konkreten Abstiegsängste und ihre vermeintlich persönliche Entwertung herrühren.

Gegen Extremismus in jeglicher Form hilft ein starker Staat, der unsere freiheitlich demokratische Grundordnung schützt und für Sicherheit und Zusammenhalt sorgt. Innere und äußere Sicherheit sind ein Grundbedürfnis der Menschen und dürfen insbesondere von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht vernachlässigt werden. Es darf keine Zweifel daran geben, dass ein Staat seine Bürgerinnen und Bürger schützt und ihnen ein friedliches, zufriedenes und chancengleiches Zusammenleben ermöglicht. Dies ist das Grundversprechen eines jeden funktionierenden und starken Staates. Aber es gibt diese Zweifel gegenwärtig in Deutschland, und ihnen wollen wir aktiv und entschlossen entgegenreten.

Innenpolitik ist seit jeher ein ursozialdemokratisches Thema. Dies ist die Grundlage für ein demokratisches und solidarisches Miteinander. Dazu muss unser Staat auf allen Ebenen funktionsfähig und personell gut aufgestellt sein: Sei es im Öffentlichen Dienst, bei der Polizei, Feuerwehr oder auch beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. **Polizistinnen und Polizisten, die tagtäglich für unsere Sicherheit sorgen, müssen besser vor Bedrohungen und Angriffen geschützt werden. Sie führen das staatliche Gewaltmonopol aus und verdienen dafür Respekt.** Vorwürfe und Dienstvergehen müssen sensibel geprüft werden und konsequent und transparent aufgeklärt werden. Die Resilienz der Polizistinnen und Polizisten wollen wir durch bessere Präventionsarbeit stärken. Angebote zur Bewältigung und Aufarbeitung der Herausforderungen im Dienst sollen bundesweit ausgebaut werden.

Sozialdemokratie war immer dann stark, wenn sie Freiheit und Sicherheit in Einklang gebracht hat. Ein vorsorgender Sozialstaat setzt immer einen präventiven Ansatz voraus, um Kriminalität und Gewaltbereitschaft zurückzudrängen.

Den Pakt für den Rechtsstaat werden wir konsequent umsetzen und durch Stärkung der Schulsozialarbeit, der Sozialarbeit auf der Straße und die Projekte zu Sozialer Stadt weiterentwickeln. **Wir wollen mehr Sicherheit durch aktive Baupolitik schaffen: Zerfallende Stadtviertel und Leerstände müssen der Vergangenheit angehören.** Den sozialdemokratischen Ansatz „Kein Kind zurücklassen“ müssen wir stärker verinnerlichen und gesetzgeberisch umsetzen. Wir wollen mehr Personalstellen

bei Sozialdiensten, bei der Polizei in Bund und Land, bei Rechtspflegern, Gerichtsvollziehern, Staatsanwalt- und Richterschaft schaffen.

Wir Seeheimer stehen für einen starken Rechtsstaat, der dafür sorgt, dass die Regeln für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben eingehalten werden. Dies bedeutet vor allem auch ein entschlossenes Vorgehen gegen Parallelstrukturen, wie Clans, kriminelle Banden und Reichsbürger. Öffentliche Plätze, wie Bahnhöfe und Parks, und den ÖPNV wollen wir durch mehr Präsenz und Videoüberwachung besser schützen. **Wir werden konsequent gegen Antisemitismus, die Verharmlosung oder Leugnung der NS-Zeit, Islamfeindlichkeit, Bedrohung, Hate-Speech und Feindseligkeit gegen die sexuelle Orientierung vorgehen. Auch in den sozialen Netzwerken. Denn es kann nicht sein, dass der Staat im Netz blind und taub wird.** Dazu müssen wir auch die digitale Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden – Bundespolizei, Geheimdienste, Bundeskriminalamt – auf technisch neuesten Stand anpassen.

Auch im Bereich der sogenannten Blaulichtorganisationen, und damit im Bevölkerungsschutz und der Katastrophenvorsorge, muss der Staat handlungs- und reaktionsfähig sein. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass dies zentralstaatlich geregelt sein muss. Der Bund sollte allerdings stärker koordinieren, damit die Länderstrukturen besser genutzt werden können. Dabei braucht es Rahmenbedingungen, die die Länder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen, von Vorsorge- und Vorbereitungsmaßnahmen bis hin zur Bereitstellung von Ressourcen im Ernstfall. **Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe soll aufgewertet und als echte nationale Sicherheitsbehörde in die hiesige Sicherheitsarchitektur eingebunden werden.** Die staatliche Investitionstätigkeit in das THW und die Feuerwehren wollen wir weiter ausbauen.

Wir müssen zudem unsere Anstrengungen im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität verstärken. Deren Delikte werden zunehmend in organisierten, grenzüberschreitenden Strukturen begangen. Sie reichen von Kinderpornografie über organisierten Menschenhandel und Geldwäsche bis hin zu Alltagsstraftaten ganz nah am Bürger: Handtaschendiebstähle am Bahnhof, Haustürgeschäfte, Einbruchsdiebstahl. Um solche Straftaten erfolgreicher abwehren und aufklären zu können, muss viel stärker struktur- und länderübergreifend ermittelt werden. Dafür gilt es, zielgerichtet weitere rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Um gegen die technisch und logistisch mitunter ausgefeilt organisierten Straftäter erfolgreicher vorgehen zu können, wollen wir Staatsanwaltschaften, Polizeien und Gerichte besser personell und mit modernen technischen Mitteln ausstatten.

Außerdem müssen wir noch gezielter gegen Geld-



wäsche vorgehen. Geldwäsche basiert nicht nur auf kriminellen Straftaten, sondern gefährdet auch unsere Gesellschaft und Demokratie. Neben gut ausgebildetem Personal und zeitgemäßer Ausstattung der FIU muss die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden national und international weiter ausgebaut werden.

Unsere Nachrichtendienste wollen wir reformieren. Der Bundestag soll in seiner Kontrollfunktion ihnen gegenüber gestärkt werden. Sicherheitskontrollen an Flughäfen wollen wir wieder in staatlicher Hand sehen. Zugleich soll es für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in privaten Sicherheitsdiensten, die Großveranstaltungen oder Asylunterkünfte überwachen, strengere Anforderungen geben. Wir wollen den Rechtsrahmen für IT-Sicherheit weiterentwickeln. Zugleich bedarf es der Einführung eines Unternehmensstrafrechts, um Wirtschaftskriminalität besser sanktionieren zu können.

Wir werden europäische Grenzen besser schützen und die Sicherheit an unseren Landesgrenzen lückenlos umsetzen. **Sichere Grenzen sind Kernaufgabe von Sozialdemokratie.** Bei der Verteilung von Flüchtlingen muss es uns zukünftig besser gelingen, diese europaweit zu ordnen. Flüchtlinge, die kein Bleiberecht haben, müssen umgehend in ihre Herkunftsländer zurück.

Nur eine uns gelingende Integration kann unsere Gesellschaft solidarisch zusammenhalten. Dazu braucht es ein Ausländerrecht mit klaren Regeln und Ermöglichung von Chancen: Gesetze, die nicht sagen, wer „gehen muss“, sondern „wer kommen darf“. Wir sind stolz, dass es uns in dieser Legislatur gelungen ist, ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz zu beschließen – eine sozialdemokratische Kernforderung der letzten Jahre.

Unsere Regeln gelten für alle. Es muss in diesem Land Grundkonsens sein, die Verfassung und die Rechtsordnung zu achten und die Sprache der Verfassung zu kennen. Unser Grundgesetz und die deutsche Sprache sind nicht verhandelbar. Bei sich wiederholenden oder schweren Straftaten wollen wir eine konsequente Abschiebung als Ergebnis. Konsequentes Handeln und Durchsetzungsstärke sind vor allem an diejenigen ein wichtiges Signal, die sich hier in Deutschland an die Regeln halten, mit viel persönlichem Einsatz die Sprache erlernen und sich in der Gesellschaft einbringen. **Dies hat auch etwas mit Wertschätzung dieser Leistung zu tun.** Ein spezielles Arbeits-, Ausbildungs- und Fortbildungsprogramm mit verpflichtenden Deutschkursen für jede und jeden, egal wie lange er oder sie sich in Deutschland aufhält, ist unser Ziel. **Wir müssen auch den Zugang für Zuwandernde aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt dahingehend erleichtern, dass wir die Anerkennung ihrer beruflichen und praktischen Qualifikationen verbessern.** Hier ergeben sich viele Potentiale. Bei der halbgaren Regelung zum „Spurwechsel“

werden wir deutlich nachbessern, indem wir hohe Hürden abbauen. Die Dauer der Beschäftigungsduldung muss deutlich ausgeweitet werden, damit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern hier eine verbesserte Rechtssicherheit vorliegt und den Betroffenen Perspektive geboten wird.

5. Soziale Sicherheit garantieren

In Krisenzeiten ist für alle ersichtlich, wie wichtig soziale Sicherheit ist. Sowohl im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit als auch in der Rente. Vieles konnten wir in dieser Legislaturperiode bereits auf den Weg bringen, obwohl unser Koalitionspartner oftmals massiv auf der Bremse stand. Wir sind froh, dass der Weg für die Grundrente frei ist, auf die viele Menschen, insbesondere Frauen, schon lange warten. **Die Menschen müssen sich auf den Sozialstaat verlassen können.** Denn nur so können wir gleichzeitig auch die massiv zunehmende soziale Ungleichheit in Deutschland abbauen.

Unsere Kinder und Jugendlichen müssen gut und sicher aufwachsen können. Wir müssen konsequent gegen Kinderarmut vorgehen. In dieser Legislaturperiode haben wir mit dem Starke-Familien-Gesetz und dem Gute-Kita-Gesetz kraftvolle Aufschläge machen können. Alleinerziehende brauchen unsere besondere Aufmerksamkeit, da es für sie besonders schwierig ist, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Außerdem müssen wir insbesondere die **Kinderbetreuungszeiten in den Blick nehmen, die es berufstätigen Eltern ermöglichen, ihre Arbeitszeiten flexibler zu gestalten.** Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass Kinder mit einem Frühstück in den Tag starten können und in Ganztageseinrichtungen eine warme Mahlzeit erhalten. Wir wollen Kinder und Jugendliche aus dem Hartz-IV-System herausholen. Selbstverdientes Geld aus der Ausbildung muss im Geldbeutel der Azubis bleiben. **Zudem fordern wir, dass die jetzigen Azubis bis zum 25. Lebensjahr beitragsfrei bleiben können und wie Studentinnen und Studenten bei den Eltern mitversichert sind, um Unternehmen und Betriebe während der derzeit wirtschaftlich unsicheren Phase zu unterstützen. Wir fordern die Öffnung des BAföG für Studentinnen und Studenten, die ihren Job während der Corona-Pandemie verloren haben.** Sie sollen nicht mit Krediten verschuldet in die Arbeitswelt starten.

Unsere Schulen, Universitäten, Fachhochschulen und Berufsschulen müssen herausragende Orte unser aller Wohlstandsgrundlage sein – denn Bildung ist die wichtigste Ressource in unserem Land. Sie fördert die Innovationsfähigkeit des Landes. Dazu brauchen unsere Bildungseinrichtungen die beste Ausstattung und gut ausgebildetes Personal. Gute Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkompetenz sind essentiell. Es braucht durchlässige Bildungsgänge für alle, damit wir die noch versteckten Potentiale in unserem Land finden und nutzen können.



Duale Studiengänge wollen wir ausbauen, um Theorie und Praxis schneller zu verknüpfen.

Besonders im **Bereich der frühkindlichen Bildung formulieren wir den Anspruch, dass abseits des Einkommens von Anfang an die Qualität der Betreuung in ganz Deutschland auf höchstem Niveau gesichert ist.** Das bedeutet auch, dass Betreuungsschlüssel angepasst werden müssen, um eine persönlichere und intensivere Arbeit mit den Kindern zu ermöglichen. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Familien bietet das eine erste Möglichkeit, erfolgreiche Integrationsarbeit zu betreiben.

Auch in den Schulen ist der Veränderungsbedarf groß: Hier wollen wir insbesondere das **Konzept der Ganztagschulen deutlich stärken, um die soziale Integration der Schülerinnen und Schüler in der Schule zu unterstützen,** bereits in frühem Alter Neugierde und Lernwille zu schärfen und besonders berufstätige Eltern in der Betreuung unter die Arme zu greifen. Gleichzeitig müssen für diese Arbeit in den Schulen auch vermehrt Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter beschäftigt werden, die den Kindern als fester Teil ihrer schulischen Laufbahn zur Seite stehen und auch in persönlichen Fragestellungen helfen können. Dafür benötigt es ein Umdenken in den Universitäten, in denen soziale Arbeit mit größerem Fokus auf Schulen gelehrt werden muss.

Schule ist nicht zuletzt ein Ort, an dem abseits von den gewohnten Fächern Kompetenzen für das ganze Leben erlernt werden. Für uns müssen diese Kompetenzen auch auf unsere Zeit und die Herausforderungen angepasst werden. Aktueller denn je ist hier das Thema Medienkompetenz. Wir halten es für eine absolute Priorität, dass bereits in der Schule der Umgang mit Politik und Medien, das Verstehen von Nachrichten, das Bewusstsein für Echokammern und „Bubbles“ und die Differenzierung von Meldungen und „Fake News“ gelehrt werden. Das Projekt „Schule gegen Rassismus“ unterstützen wir dabei. Nur, wenn die Kinder und Jugendlichen von jüngstem Alter an in der Lage sind, selbstständig und aufgeklärt politische Diskurse zu verfolgen, werden sie als Erwachsene mündig und bewusst unsere Demokratie stärken.

Hierfür ist es jedoch notwendig, dass wir als SPD weiter an der Durchlässigkeit des Bildungssystems arbeiten und Bildung als einen Prozess des lebenslangen Lernens begreifen. Dies muss bei der Formulierung einer sozialen und innovativen Bildungspolitik immer mitgedacht werden. Bildungspolitik umfasst damit von der frühkindlichen Bildung bis hin zu den Hochschulen und der fortwährenden Weiterbildung alle Lebensbereiche. Auch gehört dazu etwa ein zugängliches Bafög, welches Chancen auf ein Studium erhöht. Auch gilt es die Lehre an Hochschulen weiterzuentwickeln und hierfür mehr Mittel in die Hand zu nehmen. Deutlich machen

müssen wir, dass wir mit dem „Arbeit-von-Morgen-Gesetz“ von Hubertus Heil einen Meilenstein für die Arbeit der Zukunft und gerade auch die Weiterbildung gesetzt haben. Diesen Weg gilt es entschlossen fortzuführen und vor allem auf eine substanzielle Strategie zur Modernisierung zu setzen.

Die Lehre an Schulen und Berufsschulen muss zukünftig deutlich digitaler werden. Im Digitalpakt Schule sind dazu bereits erhebliche Finanzmittel bereitgestellt worden. Diese Mittel sollen für die Bereitstellung von digitalen Lerninfrastrukturen und Lerninhalten verstetigt werden. Auch an unseren Universitäten mangelt es flächendeckend an entsprechender Ausstattung, so dass digitale Vorlesungen und E-Klausuren nicht allorts angeboten werden können. **Hier fordern wir schnellstmöglich einen Masterplan „Universities go digital!“ mit einem breit aufgestellten Finanzierungskonzept von Bund und Ländern.**

Durchlässige Bildungsgänge für alle bedeutet die Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung zu unterstreichen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben immer für gleiche Chancen und den sozialen Aufstieg durch gute Bildung gekämpft. Einen erfolgreichen und zukunftssicheren beruflichen Weg einzuschlagen sollte nicht bedeuten, studieren zu müssen. Die Basis unserer erfolgreichen Wirtschaft ist ebenso abhängig von gut ausgebildeten Fachkräften. Daher ist der Bedarf an qualifizierten Fachkräften enorm.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen wir das Erfolgsmodell der dualen Berufsbildung zukunftsfest gestalten. Sowohl das duale Berufsbildungssystem, als auch das deutsche Handwerk sind weltweit anerkannt. Diesen Standortvorteil gilt es zu nutzen, sowie die Vorteile und Chancen des Berufsbildungssystems zu stärken. **Damit das duale Berufsbildungssystem modernisiert und die Berufsschule als Lernort wieder attraktiv wird, braucht es einen Investitionspakt Berufsschule.**

Eine wesentliche Voraussetzung für die Attraktivität sowie für das hohe Niveau der dualen Ausbildung ist ferner eine hohe Qualität und Förderung der universitären Ausbildung von Berufsschullehrenden und Berufspädagoginnen und -pädagogen. **Die Weiterentwicklung und Förderung der Berufspädagogik sowie die Gewinnung neuer gut ausgebildeter Berufsschullehrern wollen wir stärker fördern. Dies gilt ebenso für die Bildungsforschung im Bereich der Berufsschulen.**

Angesichts der Internationalisierung der Wirtschaft müssen wir auch die Mobilität und den kooperativen, internationalen Austausch von Auszubildenden in der beruflichen Bildung weiter stärken. **Auslandsaufenthalte**



während der Berufsausbildung sollten daher genauso selbstverständlich sein wie ein Auslandssemester während des Studiums.

Aktuell wird durch die neuen Herausforderungen der Corona-Pandemie sehr deutlich, wie unverzichtbar unsere Außenhandelspolitik, eine enge internationale Zusammenarbeit und weltweite Kooperationen bei der Forschung und Entwicklung innovativer Lösungen sind. Insbesondere gilt dies für Wissenschaft und Forschung, die wir industrie-, hochschul- und außenpolitisch als „Science Diplomacy“ stärken wollen. Sie muss zusätzlich zu der bereits erfolgreichen „Internationalisierungsstrategie“ zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ausgebaut werden.

Jeder Mensch hat den Anspruch entsprechend seiner Fähigkeiten, seiner Interessen, Stärken und seiner Potentiale gefördert und ausgebildet zu werden, sich beruflich zu verwirklichen, am kulturellen, sozialen und sportlichen Leben teilzunehmen sowie sein Recht auf demokratische Beteiligung und Mitwirkung auszuüben. Dieser Grundsatz gilt unabhängig von der sozialen Herkunft, des Familienstammbaums, des Geschlechts, des Glaubens oder einer Behinderung, gleich welcher Ausprägung der Behinderung oder des Umfangs des notwendigen Unterstützungs- bzw. Förderbedarfs. Es muss selbstverständlich werden, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam eine Kita oder Schule besuchen, es muss selbstverständlich sein, dass junge Erwachsene mit und ohne Behinderung eine gemeinsame Ausbildung oder ein Studium absolvieren und später einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Grundlage dafür sind barrierefreie Einrichtungen und Arbeitsplätze, Lehrkräfte, die auf die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung vorbereitet sind und Arbeitgeber, für die die Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vordergrund stehen und nicht die Behinderung. In allen genannten Bereichen sind Anreize zu setzen, damit diese Grundsätze im Alltagsleben selbstverständlich werden.

Gerade während der Pandemiezeit ist es wichtig, das Thema Arbeit nicht aus dem Blick zu lassen. **Arbeit ist keine Ware, sondern bildet den Dreh- und Angelpunkt im alltäglichen Leben, bietet sozialen Kontakt, stiftet Identität und Selbstwertgefühl.** Die Corona-Krise hat vor allem erwerbstätige Mütter wieder in eine klassische Rollenverteilung zurück gedrängt – das darf nicht passieren. Oft leiden sie unter einer Doppelbelastung und werden karriere technisch abgehängt, sobald das erste Kind auf der Welt ist, gilt es sie deshalb zu unterstützen und als vollwertige Mitglieder auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Gegenzug sollen effektivere Modelle zur Einbeziehung von Vätern, zur Betreuung, zum Wiedereinstieg in den Beruf und finanzielle Möglichkeiten geschaffen werden. Es gibt das Aufstiegsversprechen in unserer

Gesellschaft. Wir müssen besonders im Bereich von Fortbildungen, Weiter- und Anpassungsqualifikationen im Lebenslauf dafür sorgen, dass wir das auch erfüllen können.

Kleinstunternehmen und Start-ups wollen wir von zusätzlichen Kosten bei der Weiterqualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollständig befreien. Die Arbeitslosenversicherung soll dahingehend reformiert werden, dass diese zukünftig auch Weiterqualifizierungsmaßnahmen mitfinanzieren kann.

Jedoch muss dies alles einhergehen mit respektvoller und gerechter Behandlung für diejenigen Menschen, die sich den Anstrengungen der Arbeit stellen und die oftmals einen nur für sich erfüllenden Arbeitsplatz möchten und keinen permanenten Aufstieg nachgehen wollen – Bildung als Gebot der Freiheit.

Die Lebensleistung arbeitender Menschen verdient Anerkennung. Deswegen muss es uns als SPD ein Hauptanliegen sein, auf bestmögliche Arbeitsbedingungen hinzuwirken. **So muss der Mindestlohn schnellstmöglich auf 12 Euro angehoben werden.** Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Die Höhe des Mindestlohnes muss nicht nur existenzsichernd sein, sondern einen späteren Rentenbezug oberhalb der Grundsicherung gewährleisten. Es ist würdelos, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, auf weitere Unterstützung zu Arbeits- und später zu Rentenzeiten auf staatliche Hilfe angewiesen sind. **Flächendeckende Tarifverträge in ganz Deutschland müssen unser Ziel sein. Dazu wollen wir Anreize schaffen und tariftreue Unternehmen steuerlich begünstigen.**

Da, wo es als Staat möglich ist einzugreifen, sollen Arbeitsplätze erhalten bleiben. Insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kommt dem Staat hier eine besondere Verantwortung zu. **Das Kurzarbeitergeld, eine sozialdemokratische Erfindung aus der Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise unter, damals noch Arbeitsminister, Olaf Scholz, hat sich mittlerweile zum europäischen Exportschlager geriert und genießt hierzulande eine hohe Akzeptanz.** Nicht nur für Geringverdiener, auch für Facharbeiter bedeutet Kurzarbeit aber einen erheblichen Gehaltseinbruch. **Das Kurzarbeitergeld muss daher künftig bereits ab dem 1. Monat 80 bzw. für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Kindern 87 Prozent des Nettolohnes betragen. Geringverdiener sollten 90 bzw. 97 Prozent des Nettolohnes erhalten.** Ein Stufenmodell zum Beispiel nach österreichischem Vorbild muss geprüft werden.

Im Falle von Arbeitslosigkeit dürfen arbeitende Menschen nicht nach kurzer Zeit eine soziale und faktische Gleichstellung mit Menschen erfahren, die nie gearbeitet haben. Hier ist ein Abstandsgebot dringend von Nöten. Die derzeitige Regelung beim ALG



II entwertet engagierte Lebensläufe. **Deshalb muss die Bezugsdauer von ALG I verlängert werden.** Ebenso müssen die Regelungen zum angesparten Vermögen geändert werden. Nichts lähmt mehr und schürt Frustration und Verdrossenheit als die Angst vor dem eigenen existentiellen Abstieg. Sie öffnet rechten Parolen Tür und Tor. **Die Programme gegen Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir fortführen, um möglichst vielen Menschen Arbeit zu ermöglichen.**

Die Leih- und Zeitarbeit in ihrer jetzigen Form gehört abgeschafft. Der damals angedachte Zwischenschritt für Arbeitssuchende, über Leih- und Zeitarbeit einer regulären Arbeit nachzugehen, gelingt kaum. Ausnahmen können in bestimmten Branchen sinnvoll sein und gemacht werden, allerdings nur und ausschließlich dann, wenn ein entsprechender Rahmen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften ausgehandelt wurde. **Sozialpartnerschaftlich organisierte Poolssysteme können die Lösung sein, um auf flexible Auftragsspitzen zu reagieren.** Hierfür kann das Gesamthafenbetriebsgesetz als positives Vorbild für andere Branchen dienen.

Nur höhere Löhne in Deutschland garantieren auch eine entsprechende Rente im Alter. Viele Menschen sorgen zudem zusätzlich für ihr Alter vor. Mittlerweile haben viele Millionen Menschen eine Riesterreute oder eine Betriebsrente abgeschlossen. Bei Auszahlung im Rentenalter müssen die Menschen von den jahrzehntelangen Einzahlungen auch höchstmöglich profitieren. Bei den **Riester-Verträgen braucht es eine Deckelung der Nebenkosten. Zudem wollen wir die Doppelverbeitragung für Kranken- und Pflegeversicherung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen schnellstmöglich komplett abschaffen.**

Die Rente mit 70 lehnen wir ab! Zugleich wollen wir eine Steigerung der öffentlichen Ausgaben für die Alterssicherung in Deutschland durchsetzen, um das Rentenniveau auch nach 2025 über 48 Prozent zu stabilisieren und die Beitragssätze stabil halten zu können. **Auch wollen wir Beamtinnen und Beamte sowie Selbstständige in die Rente einbeziehen.**

Zur sozialen Sicherheit gehört auch das Thema Steuergerechtigkeit. Diese wollen wir stärken. **Gerecht ist es, die Spitzensteuersätze so zu verändern, dass der Solidaritätszuschlag ganz abgeschafft werden kann. Deswegen soll der derzeitige Spitzensteuersatz von 42 Prozent erst ab einem Einkommen von 90.000 € greifen. Ab einem Einkommen von 125.000 € soll er auf 45 Prozent steigen. Auf Spitzensteuereinkommen oberhalb von 250.000 € wollen wir den Steuersatz auf 49 Prozent anheben.**

Gerecht ist eine **effektive und bundesweit einheitlich angewendete Erbschaftsteuer.** Bei der Besteuerung von Erbschaften sollen Familien weiterhin großzügige

Freibeträge gewährt werden, sodass das (groß-)elterliche Haus nicht zur Tilgung der Steuerlast verkauft werden muss. Auch sollen große Firmenvermögen so besteuert werden, dass kein Risiko für die finanzielle Liquidität des Unternehmens und die Arbeitsplätze der Angestellten entsteht. **Konkret kann das bedeuten, dass alle Erbschaften – egal, ob für Privatleute oder Firmen – oberhalb eines Freibetrags von einer Million Euro pro Person mit 10 Prozent besteuert werden. Diese 10 Prozent können unter Entfall sämtlicher Ausnahmen über eine Zeitspanne von zehn Jahren abgezahlt werden.**

Zur Steuergerechtigkeit gehört auch das Thema Steuerehrlichkeit. Dazu wollen wir Betriebsprüfer, Steuerfahnder, den Zoll und Steuervollzug personell verstärken. Wir müssen klarstellen: **Steuerhinterziehung und Sozialmissbrauch sind keine Kavaliersdelikte, sondern Straftaten, die strenger geahndet und bestraft werden müssen.** Die Möglichkeiten zur Steuervermeidung oder Steuerwettbewerb in Europa wollen wir konsequent einschränken.

Die Mehrwertsteuer für sechs Monate zur Stärkung der Kaufkraft während der Pandemiezeit zu senken, halten wir für den richtigen Schritt. In der neuen Legislaturperiode werden wir auf allen Feldern die Mehrwertsteuersätze allumfassend überprüfen und anpassen. Dinge, die zum alltäglichen Leben gebraucht werden, dürfen nicht stärker besteuert sein als „Luxusgüter“.

Schwarzarbeit und illegale Finanzströme gehören ausgetrocknet. Der Staat muss dazu personell und technisch gut ausgerüstet sein. Denn Steuervermeidung und -hinterziehung verursachen jährlich einen Milliarden Schaden, den wir nicht länger hinnehmen dürfen.

Die **Aufsicht über die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften wollen wir gesetzlich neu justieren, die Aufsicht des Staates diesbezüglich stärken.** Überdies muss auf internationaler Ebene erreicht werden, dass bei den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften eine Trennung zwischen Beratung und Prüfung erfolgt, um Interessenkonflikte zu verhindern.

6. Deutschlands Aufgabe ist es, Europa stark zu machen

Das Europa des 21. Jahrhunderts beruht auf der Idee des freien, friedlichen und solidarischen Zusammenlebens der gesamteuropäischen Bevölkerung, welche durch die Überwindung von Krieg und Gewalt durch fortwährende Diplomatie und Zusammenarbeit ermöglicht werden konnte. Jedoch befindet sich Europa heute in der größten wirtschaftlichen Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die daraus resultierenden Herausforderungen sowie die sich wandelnde



Gesellschaft benötigen einen verlässlichen Partner, der in Krisenzeiten die Orientierung behält und Sicherheit bieten kann. Bloße Formulierungen eines Friedensanspruches lösen weder Konflikte, noch verhindern sie das Erstarren demokratiezersetzender Bewegungen. Auch macht es Europa nicht zu einem friedensschaffenden Kontinent.

Im Gegensatz zu anderen Parteien denkt die deutsche Sozialdemokratie über den bloßen Anspruch hinaus und ist bereit, sowohl in Friedens- als auch in Krisenzeiten Verantwortung zu übernehmen und zu handeln. Indem wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit unserer Politik die Verantwortung für die deutsche und gesamteuropäische Bevölkerung übernehmen, wollen wir deren Alltagsorgen in den Mittelpunkt stellen, sie darin begleiten, diesen Wandel positiv zu gestalten, und ihnen Orientierung in schwierigen Zeiten bieten. **Das bedeutet auch, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Europäische Union weiter stärken wollen.** Diese Verantwortung wollen wir, wohl wissend um die doppelte historische Verantwortung gegenüber unserer Vergangenheit und der gemeinsamen Zukunft für ein Europa und die Welt, annehmen und mit Leben füllen. Unser Ziel ist weiterhin ein starkes europäisches Deutschland, welches sowohl von der Vielfältigkeit des Kontinentes profitiert als auch als verlässlicher Partner gilt und ebenso seine besten Eigenschaften und Fähigkeiten an die anderen Mitgliedsstaaten zurückgibt.

Friede, Wohlstand, Gleichberechtigung und Demokratie sind der Kern von Europa. Es ist das, was uns prägt und unseren Alltag hintergründig bestimmt. Es ist aber zugleich auch das, was wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schützen müssen, um es für die künftigen Generationen zu erhalten. Es erfordert daher mehr als nur leere Worte. Es erfordert einen klaren Willen und eine standhafte Ausstrahlung, für die europäischen Werte einzustehen und diese gegen die internationalen Herausforderungen zu verteidigen. In den vergangenen beiden Jahren haben wir bereits eine erhebliche Stärkung Europas erwirkt. Diesen Weg gilt es nun weiter zu gehen und die Stärke, die aus der gemeinsamen Bekämpfung der Pandemie gewachsen ist, für die Zukunft nutzbar zu machen. Viel ist über Deutschlands Rolle in der Welt in den vergangenen Jahren diskutiert worden – wir finden: **Deutschlands Rolle ist, Europa stark zu machen.** So werden wir unserer Verantwortung und unserem Anspruch gerecht, denn wir wissen: **Nur gemeinsam sind wir stark und nur gemeinsam haben dieser Kontinent und sein einzigartiges Wertesystem eine Zukunft.**

Aufgabe der Europäischen Union ist es, ihre Bevölkerung nach innen und außen zu schützen. Der Schutz der Außengrenzen ist für uns eine gemeinsame europäische Aufgabe. Das deutsche Engagement bei der Agentur Frontex wollen wir dabei verstärken.

Teil unserer sozialdemokratischen Außenpolitik ist eine gezielte und strategische Entwicklungszusammenarbeit, die Fluchtursachen bekämpft indem wir uns verstärkt für Klimaschutz, Sanktionierung von Menschenrechtsverletzungen oder verstärkte humanitärer Hilfe in betroffenen Ländern einsetzen.

In der Corona-Krise haben wir aber auch erfahren, wie verwundbar unsere Wirtschaft ist. Ihre weltweite Ausrichtung und durch Globalisierung starke Verflechtungen machen uns abhängig. Lieferprobleme und Engpässe können sogleich zu großen Einbrüchen führen. **Gerade jetzt gilt es, weiter intensiv unsere Außenhandelsbeziehungen durch multilaterale Beziehungen bei den Export- und Importwegen auszubauen.**

Unverzichtbare Außenhandelspolitik ist für uns auch die **Tourismusbranche**, die unter massiven finanziellen Schwierigkeiten zu leiden hat. Hier muss eine sozialdemokratische Politik den Beschäftigten der Branche sowie ihren Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben, eine substanzielle Perspektive bieten. Zudem ermöglicht **Tourismus internationale Begegnungen zwischen Menschen, birgt damit immer auch eine friedensstiftende Chance und stellt gerade für ärmere Länder eine sichere, unverzichtbare Einnahmequelle dar.**

Wir brauchen eine moderne Infrastruktur und allem voran eine Politik, die all dies im Blick hat. Hierfür ist auch eine fortwährende Modernisierung unserer Außenhandels-gesetzgebung von eminenter Bedeutung, da wir aus der Krise gelernt haben, dass wir **eine Balance zwischen der Ermöglichung von freiem Handel und dem Schutz bedeutender sozialer und ökonomischer Infrastruktur benötigen.**

Weil wir dies nicht allein umsetzen können, brauchen wir verlässliche Partner, mit denen wir die Probleme angehen können. **Die unabhängige demokratiefördernde Arbeit der politischen Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftsinstitutionen müssen durch die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gefördert werden, um die Zivilbevölkerung auf verschiedenen Ebenen zu erreichen.** Visaliberalisierungen können einen guten Ansatz darstellen, um ein positives Signal vor allem an junge Menschen zu senden. Außerdem werden wir unsere Kooperationspartner und unsere wichtigen Mittlerorganisationen, wozu unter anderem das Goethe-Institut, die Deutschen Auslandsschulen und der Deutsche Akademische Austauschdienst gehören, weiterhin darin unterstützen, demokratische und freiheitliche Werte durch Wissenschaft und bildungs- und kulturpolitische Arbeit zu vermitteln. **Je stärker unsere Partner sind, desto stärker sind wir.** Dazu müssen wir offen und deutlich unsere Interessen formulieren.

Die internationale Ordnung benötigt eine starke



und selbstbewusste Europäische Union mit einer effizienten Diplomatie. In Zeiten politischer und ideologischer Unordnung ist es die deutsche Sozialdemokratie, die die starke Rolle Deutschlands in Europa und in der internationalen Ordnung festigt. **Einzig eine gefestigte und unabhängige Europäische Union kann auf dem internationalen Parkett als verlässlicher Partner gelten.** Gerade vor dem Hintergrund der un stetigen transatlantischen Beziehungen ist es notwendig, eigene europäische Initiativen etwa in der Wirtschafts- oder der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Das lange gewachsene Verständnis von Verlässlichkeit scheint nicht mehr als Basis der transatlantischen Beziehung zu gelten. Daher ist eine Unabhängigkeit Europas nur folgerichtig. Dieses Bestreben bedeutet jedoch keineswegs das Ende der transatlantischen Beziehungen, denn wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen uns fest in der transatlantischen Freundschaft verortet. Vielmehr soll sie zur Weiterentwicklung und Vertiefung dieser beitragen, indem die europäischen Staaten zu einem gleichwertigen Partner auf Augenhöhe zu den USA aufwachsen.

Eigene europäische Initiativen müssen stark unterstützt werden, wie etwa die digitale Unabhängigkeit. Aus sozialdemokratischer Sicht gelten weder das amerikanische noch das chinesische Modell als geeignete Alternativen für den Umgang mit Daten und dem Recht auf Privatsphäre und Selbstbestimmung. Zusätzlich fühlen sich die Menschen dem digitalen Wandel zum Teil nicht mehr gewachsen oder stehen den Umbrüchen, die durch die Digitalisierung erfolgen, besorgt gegenüber. **Daher benötigt es zusätzlich zu eigenen europäischen Ideen in der Digitalisierung eine europäische Bildungsoffensive, welche alle Altersgruppen gleichermaßen mitnimmt.** Wer früh lernt, Technik zu nutzen und eine Chance in ihr zu sehen, wird nicht ängstlich zurückschrecken, sondern mutig die Chancen ergreifen und daraus Kreativität und Wissenshunger schöpfen. **Zugleich steht die Europäische Union für ein einzigartiges Wertesystem, dessen Freiheitsversprechen sich in der Herangehensweise an Daten und den Umgang mit Systemen der Informationstechnologie widerspiegeln sollte.** Um technologisch und informationell unabhängig zu werden, um gegen Fakenews, Abschöpfen von Informationen und Einmischung von außen besser gewappnet zu sein, braucht Europa eigene Technologien und Produktionsstätten für Hard- und Software – insbesondere für 5G Technologien – einen digitalen „Airbus“, um unabhängig von den Ordnungssystemen der USA und China zu sein und das europäische Modell ins digitale Zeitalter zu führen. **Wir wollen, dass Deutschland als führender Technologiestandort hier voran geht und seine Rolle als starke Wirtschaftsnation, als überzeugtes starkes europäisches Mitgliedsland und Motor der Europäischen Union im digitalen Bereich ausfüllt.**

Am Versuch der Einflussnahme Chinas durch chinesische

Direktinvestitionen in Projekte in EU-Ländern wird deutlich, wie sehr wir hier einen gemeinsamen europäischen Ansatz brauchen, um mit dieser Herausforderung umgehen können. **Um Einflussnahme externer Akteure auf diese Weise zu vermeiden, braucht es europaweit einheitliche Richtlinien zur Beteiligung dieser an Investitionen.** In diesem Zusammenhang fordern wir beispielsweise die Einführung eines europäischen „Jones Act“ zur Regelung des Seehandels in den europäischen Gewässern.

Für Deutschland ergibt sich eine besondere sicherheitspolitische Verantwortung: Wir sind wirtschaftlich stark, liegen im Herzen von Europa und sind damit fester Baustein des transatlantischen Bündnisses. Wir sind von unserem mächtigsten Verbündeten, den USA, aufgefordert, eine aktivere Rolle in Europa und der europäischen Säule der NATO zu übernehmen. In dieser Situation dürfen wir nicht zulassen, dass über einem sich vergrößerndem Missverstehen innerhalb der Europäischen Union die Einigungsfähigkeit Europas verloren geht. **Wir brauchen kritischen Dialog und eine Wiederbelebung der Ost-Politik mit unseren osteuropäischen Partnern.** Nur wenn es uns gelingt, bei all den politischen Schwierigkeiten vor allem mit Polen, Lettland, Litauen und Estland wieder in ein strategisches und konstruktives Gespräch zu kommen, hat die europäische Säule in der NATO und auch die Europäische Union eine Zukunft. Die osteuropäischen Länder fühlen sich mit der von ihnen empfundenen Bedrohung durch Russland von uns alleine gelassen, weil wir aus ihrer Sicht unsere frühere Mittlerrolle aufgegeben haben. **Deutschlands Position in der NATO war früher stark, weil es uns gelang, die westeuropäischen und amerikanischen Interessen zu verstehen und zu unterstützen – und zugleich die kleineren Mitgliedsstaaten in Westeuropa verständigend einzubinden.** Da das Sicherheitsempfinden für die osteuropäischen Länder bestimmend ist, strahlen Konflikte innerhalb der NATO auf die Europäische Union ab und werden zur ernststen Bedrohung für die Zukunft dieses einzigartigen Projektes.

Wir haben eine besondere Verantwortung, Deutschland zu einem besonnenen und einflussreichen Akteur in der internationalen Politik zu machen. Wenn Europa mit einer starken Stimme in der Welt und der NATO sprechen soll, dann muss Deutschland seinen Teil beitragen und Führung zeigen: Fest an der Seite unserer Partner, innerhalb der Bündnisse, klar in der Sprache, aber auch stets dialogbereit gegenüber Russland. Hier können wir die Führungsstärke beweisen, die international von uns eingefordert wird. **Wer Europa erhalten will, der muss sich Gedanken darüber machen, wie es in Zukunft bestehen kann. Und zwar nicht nur nach innen, sondern auch nach außen.** In diesen Zeiten, in der für selbstverständlich gehaltene Verlässlichkeiten wie das amerikanische Verteidigungsversprechen für Europa weniger belastbar geworden zu sein scheinen, muss Europa hier souveräner



werden. Europa stark zu machen heißt, auch hier Verantwortung zu übernehmen und Beiträge zu leisten: konzeptioneller, finanzieller und personeller Art. **Europa muss grundsätzlich in der Lage sein sich selbst zu verteidigen.** Dazu gehören gemeinsame Rüstungsprojekte und Beschaffungen, die Vereinheitlichung der Waffensysteme und Einsatzgrundsätze, sowie das Aufbauen von multinationalen und eigenen europäischen Verbänden, ebenso dazu wie die Bereitschaft höhere finanzielle Mittel für die gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur zur Verfügung zu stellen und weiterhin als verlässlicher Partner Personal in internationale europäische Einsätze zu entsenden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür, die Bundeswehr bestmöglich auszurüsten und auszubilden und die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen zu Verfügung zu stellen.

Corona hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, wie wenig belastbar das bisherige Instrument der sogenannten NATO-Quote ist - davon unbenommen zeigen sich deutliche Missstände bei Anzahl und Qualität der Ausrüstung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, für deren Behebung weiterhin eine auskömmliche finanzielle Ausstattung des Verteidigungsetats notwendig ist.

7. Politik ist Organisation

Durch Deutschland muss ein ordentlicher Wumms gehen. Das wollen wir nicht nur mit unseren Themen abbilden, sondern auch in der **Neustrukturierung unserer Bundesministerien, die wir bis 2025 alle in Berlin ansiedeln wollen.** Vielerorts wirken die Namen nicht mehr zeitgemäß, weswegen wir nur das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Finanzen, das Verteidigungsministerium, das Familienministerium und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in ihrer derzeitigen Struktur belassen wollen. Zudem wollen wir die **Dauer einer Legislatur ab 2025 auf 5 Jahre ausweiten und die Dauer einer Kanzlerschaft auf zwei Amtsperioden beschränken.**

Wir wollen die Ministeriumszuschnitte so verändern, so dass wir mehr Schlagkraft auch innerhalb unserer Themen entwickeln können. Gravierende Kompetenzstreitigkeiten müssen der Vergangenheit angehören. Neue Namensgebungen sollen politische Dringlichkeiten hervorheben.

Wir wollen ein **Bundesministerium des Innern und für Demokratieförderung** schaffen, in dem sich, zusammen mit dem Bundesjustizministerium, ein wirksames Bollwerk für unsere Demokratie abbildet.

Wir wollen ein **Bundesministerium** schaffen, in dem sich die Bereiche **Bau, Verkehr und Wirtschaft bündeln**, damit wir ein kraftvolles Instrument haben, das alle Investitionsbereiche im Blick hat, gezielt einsetzen und gestalten kann.

Wir wollen zwei Bundesministerien schaffen, die sich mit dem Fortschritt in unserem Land befassen und Kompetenzen zusammenfassen: Zum einen ein **Bundesministerium für Arbeit und Bildung**, zum anderen ein **Bundesministerium für Digitalisierung und Forschung.**

Ein **Bundesministerium für Gesundheit, Pflege und Soziales** soll die soziale Sicherheit im Land in der nächsten Bundesregierung abbilden.

Ein **Bundesministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz** soll dafür sorgen, dass die ökologische Erneuerung in diesem Land vorangeht.

Zu guter Letzt wollen wir ein **Bundesministerium für Ländliche Räume, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** schaffen.

Eine kraftvolle sozialdemokratische Stimme

Wir als SPD sind immer dann stark, wenn wir geschlossen für unsere Politik bei den Wählerinnen und Wählern werben. Viele unserer Inhalte konnten wir bereits im letzten Jahrzehnt umsetzen. Darauf können wir stolz sein.

Dennoch braucht es weiter eine kraftvolle sozialdemokratische Stimme in diesem Land. Wir wollen die SPD wieder stark machen und mit Olaf Scholz den Kanzler stellen. Das müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vereint ausstrahlen und gleichzeitig selbstbewusst für unsere Inhalte kämpfen.

Wir wollen gewinnen! Wir wollen regieren! Wir Seeheimer freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf!

**SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion**

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035
Fax: 030 227-70043
E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de
www.facebook.com/Seeheimer.Kreis
Twitter: @seeheimer
Instagram: seeheimerkreis